

Medienmitteilung

Nationalrat lässt Bevölkerung mit zusätzlichem F-35A-Lärm allein

15. September 2026 – Der Nationalrat hat heute darauf verzichtet, den Kredit für die Lärmsanierung der Liegenschaften rund um die Militärflugplätze in der Armeebotschaft 2026 über die vom Bundesrat vorgesehenen 30 Millionen Franken hinaus zu erhöhen. Die Koalition Luftverkehr, Umwelt und Gesundheit (KLUG) kritisiert diesen Entscheid scharf. Die zusätzliche Lärmbelastung durch die neuen Kampfflugzeuge F-35A darf nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden.

Bereits heute leben Menschen rund um die Militärflugplätze mit erheblichem Militärfluglärm. Mit der Einführung der F-35A kommt eine zusätzliche Belastung hinzu: Der F-35A ist lauter als der bisherige F/A-18. Damit steigt der Handlungsbedarf beim Lärmschutz.

Milliarden für die Aufrüstung, läppische 30 Millionen für den Lärmschutz

Umso unverständlicher ist, dass der Bundesrat für Lärmsanierungen an den drei Militärflugplätzen lediglich 30 Millionen Franken vorgesehen hat. Demgegenüber steht für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge ein Kredit von über sechs Milliarden Franken bereit.

Akzeptanz der Armee ist kein Selbstläufer

Eine starke Armee braucht die Unterstützung der Bevölkerung. Diese kann nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Eine wirksame Lärmsanierung ist keine freiwillige Gefälligkeit des Bundes, sondern eine notwendige Investition in den Schutz der Bevölkerung – und damit auch in die Akzeptanz der Armee.



«Der Nationalrat investiert Milliarden in neue Kampfflugzeuge und findet gleichzeitig nicht genügend Mittel, um die Menschen zu schützen, die den zusätzlichen Lärm direkt vor ihrer Haustür ertragen müssen. Das ist schwer nachvollziehbar und gegenüber den betroffenen Anwohnenden ein falsches Signal.»

Priska Seiler Graf, Co-Präsidentin von KLUG und Nationalrätin

Bevölkerung hat zweimal das Nachsehen

KLUG hält die vorgesehenen 30 Millionen Franken für klar unzureichend. Viele Schallschutzfenster wurden vor rund 25 Jahren eingebaut und sind erneuerungsbedürftig. Auch bei der Abgrenzung des Sanierungsgebiets braucht es mehr Spielraum. Die heutigen starren Grenzen führen zu schwer nachvollziehbaren Situationen: Häuser, die direkt nebeneinander liegen oder lediglich durch eine schmale Strasse getrennt sind, werden unterschiedlich behandelt – obwohl ihre Bewohnerinnen und Bewohner einer vergleichbaren Lärmbelastung ausgesetzt sind. Es kann nicht sein, dass die betroffene Bevölkerung am Ende zweimal das Nachsehen hat: Zuerst mit mehr Lärm und dann mit einem unzureichenden Lärmschutz.

Für zusätzliche Informationen:

- Priska Seiler Graf, Co-Präsidentin KLUG und Nationalrätin, 076 571 06 48
- Delphine Klopfenstein Broggini, Co-Präsidentin KLUG und Nationalrätin, 076 445 61 06
- Samira Amos, Geschäftsleiterin KLUG, 031 313 34 50

Über KLUG

Die Koalition Luftverkehr, Umwelt und Gesundheit (KLUG) vereint 28 regionale und nationale Organisationen. Sie setzt sich für die Reduktion der schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs auf Mensch, Umwelt und Gesundheit ein.

www.klug-cesar.ch